



02.03.2005

Haushaltsrede 2005

Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren,

„Lieber etwas langsamer gehen, als ganz stehen bleiben“

- unter dieses wohlklingende Motto hat Bürgermeister Ulf Stötzel seinen ersten Etat nach der Kommunalwahl gestellt. Stimmen ihm bei der Verkündung solcher Binsenweisheiten noch viele zu, so fehlt in diesem Leitsatz ein wichtiger Indikator für das zielgerichtete Gehen: Herr Bürgermeister, es kommt nämlich beim „Gehen“ vor allem auf die Richtung an, die man einschlägt.

Und so manch einer hat sich mit großem sportlichem Eifer auf den Weg gemacht, ohne so genau zu wissen, wo er denn eigentlich hin will. Und manchmal merkt man beim Gehen erst zu spät, dass man weiter vom Ziel entfernt ist als zu Beginn der Wanderung.

Sie sehen, mit „stehen bleiben“ und innehalten ist man manchmal dem Ziel näher als der agile Wandersmann, der mal hierhin und mal dorthin orientierungslos in der Welt herum läuft, und das Ziel längst aus dem Auge verloren hat oder - was auch nicht besser ist - es ständig wechselt.

Meine Damen und Herren,
für unsere Stadt ist eine Erkenntnis nach der Kommunalwahl 2004 besonders bedeutsam: Bevor wir wichtige Entscheidungen treffen, sollten wir die Dinge tatsächlich von allen Seiten betrachten, und dann erst den Auftrag für Veränderungen in unserer Stadt erteilen. Dies sind wir den BürgerInnen dieser Stadt schuldig. Dafür sind wir gewählt worden.

Meine Damen und Herren, und genau hier sehen wir erhebliche Defizite, auf die ich im Einzelnen eingehen werde:

Leere Kassen - die städtische Geldverschwendung geht weiter

Dass Sie, meine Damen und Herren, Jahr für Jahr die schwere Finanzkrise unserer Stadt schildern und das Bild zu Recht in düsteren Farben malen, findet im Prinzip auch unsere Zustimmung. Auch wir sind der Auffassung, dass es - zumindest mittelfristig - gelingen muss, den Haushalt ohne Schulden zu gestalten und die Altschulden abzubauen. Hier sind wir mit Ihnen einig.

Nicht einig sind wir aber mit dem ewigen Jammern, mit dem die Haushaltsdebatte in Siegen gerade im finanzpolitischen Teil oft geführt wird. Ihre reale Politik zeigt: in

Siegen spielt Geld immer nur dann eine Rolle, wenn ungeliebte Projekte verhindert werden sollen. Ansonsten wird ausgegeben und geprasst, frei nach dem Motto: Kostet es, was es wolle.

Trotz der seit Jahren bekannten kritischen Situation des städtischen Haushalts kommt es immer wieder zu sinnlosen Geldausgaben und Verschwendungen.

Lassen Sie mich an einigen wenigen Beispielen klarmachen, was ich damit meine:

- Im letzten Jahr wurden die städtischen Parkhäuser umbenannt, eine Aktion, die niemandem nutzt, nur Verwirrung stiftet und 25.000 € gekostet hat. Übrigens: Der gleiche Kämmerer, der bei einem Zuschuss von 10.000 € für den Nachtbus schon die Genehmigungsfähigkeit des Haushalts gefährdet sieht, schweigt bei diesem Punkt eisern.
- Der Siegbergtunnel, der bei realistischer Betrachtungsweise in den nächsten 20 Jahren nicht gebaut wird, hat die Stadt bisher über 2 Mio. € gekostet. Aber erst jetzt, nachdem dieses Geld unwiederbringlich verloren ist, stellt die Verwaltung die Frage, wer eigentlich „Baulastträger“ ist, oder umgangssprachlich ausgedrückt, wer den Tunnel denn bezahlen muss, wenn er jemals gebaut werden sollte.
- Und dann sind da noch die Immobiliengeschäfte des Bürgermeisters, die immer nach dem gleichen Schema ablaufen: Eine ungenutzte private Immobilie wird zur Unzeit zu völlig überhöhten Preisen angekauft oder angemietet, und damit der städtische Haushalt weiter in den Ruin getrieben. So geschehen beim Apollo-Kino, für das die Stadt schon seit Jahren eine Kombination aus Erbpacht und Kaufpreis zahlt, obwohl ein definitiver Baubeginn auch jetzt noch nicht klar ist. Hier dürfte es sich wohl um den in Deutschland einmaligen Fall handeln, dass eine horrende Erbpacht für die Nutzung einer einzigen Gebäudewand gezahlt wird, die man dann letztendlich wohl auch noch abreißen muss, selbstverständlich bei Weiterzahlung der Erbpacht - dann für buchstäblich nichts.
- Ein weiterer Fall ist das Grundstück für den Bau der neuen Feuerwache. Natürlich ist diese Baumaßnahme unbestreitbar notwendig. Falsch ist es aber, dafür ein Spekulationsgrundstück völlig übersteuert aufzukaufen, den Kaufpreis im voraus zu entrichten und als Krönung des Ganzen dem bisherigen Eigentümer auch noch die kostenlose Nutzung des Grundstücks zu gestatten. Zur Beurteilung der Sachlage muss man wissen, dass die Finanzierung des Neubaus leider noch völlig ungesichert ist und der Zeitpunkt des Baubeginns damit in den Sternen steht. Sicher ist allerdings, dass die Zinsen für den Kauf des Grundstücks jetzt schon den städtischen Haushalt belasten. Und noch ein Beispiel:
- Der Busbereitstellungsplatz ist in der jetzt geplanten Größe überflüssig wie ein Kropf. Es ergibt keinen Sinn, mehrere Millionen Euro in eine Maßnahme zu stecken, von der die Nutzerinnen und Nutzer des ÖPNV in keiner Weise profitieren werden. Haben Sie genügend Phantasie sich vorzustellen wie Siegen aussehen würde, wenn man für die gleiche Summe die dringend benötigten Busspuren bauen würde?

Weiter verschlimmert wird die städtische Finanzsituation durch eine völlig überzogene Kreisumlage. Es sind Ihr Parteikollege Paul Breuer und seine Kreistagsfraktion, Herr Stötzel, die mit ihrer Selbstbedienungsmentalität diese Stadt Millionen kosten. Selber fürstlich im Kreis mit erheblichen Vermögenswerten ausgestattet, bürdet er den Städten und Gemeinden im Kreis Umlagebeträge auf, die in der Sache nicht zu begründen sind. Aber das wirklich Empörende in dieser Angelegenheit ist der Umstand, dass die CDU im Kreis diesen Kurs mitträgt und somit der ganzen Region vor den Kopf stößt.

Der Gaspreis - und die Zeche zahlt der Bürger

Ähnlich unrühmlich erscheint uns die Rolle der neuen Mehrheit bei der Gaspreiserhöhung. Letztendlich vor allem zur Sicherung der Gewinns der SVB wurde an der Preisspirale kräftig gedreht. Da wurden im Ältestenrat schöne Statistiken präsentiert, die nur ein Ziel hatten: dem Unternehmen weiterhin einen siebenstelligen Gewinn zu sichern. Mit einer Wahrung der Interessen der BürgerInnen dieser Stadt, denen wir ja verpflichtet sind, hat dies alles nichts mehr zu tun. Hier werden die BürgerInnen in ohnehin schwieriger Zeit ohne Not zur Kasse gebeten.

Die Last der Mehrheit mit ökologischen Notwendigkeiten

Wie in jedem Jahr werden Sie sich auch in diesem Jahr wieder von uns anhören müssen, dass wir Ihre umweltpolitische Haltung und Politik für, sagen wir mal, sehr entwicklungsbedürftig halten.

Fangen wir einmal mit Ihren weitreichenden Bebauungsplänen im Stadtgebiet vom Wellersberg bis zum Giersberg an. Unserer ständigen Aufforderung, doch zunächst einmal den Bedarf für diese überdimensionierten Bebauungspläne nicht nur zu behaupten, sondern seriös nachzuweisen, sind Sie nie nachgekommen. In diesem Falle glauben wir, nicht weil Sie nicht wollten, sondern weil Sie nicht konnten. Da Sie offenbar große Probleme haben, den Grünen in Sachfragen Glauben zu schenken, hoffen wir umso mehr, dass es der zuständigen Bezirksregierung nunmehr gelingt. Die BR Arnsberg hat in ihren aktuellen Erkenntnissen und Überlegungen zum neuen Gebietsentwicklungsplan öffentlich darauf hingewiesen, dass die in Siegen vorgelegte Wohnbaubedarfsplanung Überhänge ausweist, d.h. nichts anderes als dass sie überdimensioniert ist und so nicht gebraucht wird. Wir halten diesen leichtfertigen und unnötigen stadtnahen Flächenverbrauch umwelt- und stadtentwicklungspolitisch für eine leider schon lang anhaltende Fehlentwicklung. Grundstücksabsatzschwierigkeiten wie im Baugebiet Kohrweg werden die Folge sein, sollten Sie die Entscheidungen nicht korrigieren.

Auch vor diesem Hintergrund hoffen wir in Sachen Giersberg-Ost, dass die Stadt in ihrem neuen Bebauungsplan den mit den Naturschutzverbänden verhandelten Kompromiss nun zügig vorlegt, damit ggf. die anstehende weitere gerichtliche Auseinandersetzung überflüssig werden kann. Falls es hier zu keiner für den Naturschutz akzeptablen Einigung kommen sollte, haben die Naturschutzverbände in ihrer Absicht, Naturschutzbelange bei Bauplanungen auch in Siegen durchzusetzen, unsere volle Unterstützung.

Wenn ich diesem Jahr nicht eine kürzere Rede als sonst halten wollte, würde ich jetzt zu den Stichworten Siegbertunnel, Stadtökologie, Biotopschutz, Ressourcenverschleuderung bei städtischen Flächen u.v.m. noch einiges zu sagen haben. Sie haben Glück gehabt, aber eine Sache kann einfach nicht unerwähnt bleiben:

Zum Stichwort regenerative Energien: Ich will gar nichts dazu sagen, dass die CDU hier seit Jahren - und streckenweise auch mit Hilfe der SPD - wie im finstersten Mittelalter quasi mit gekreuzten Fingern dasteht, sobald die Wörter Sonne, Holz, Wind und Wasser als umweltschonende Energieträgerquellen ins Gespräch kommen. Auch nichts dazu, dass offensichtlich selbst die weitaus modernere Kreispolitik (zumindest was die Holzwirtschaft angeht) in den städtischen Reihen der CDU auf Ignoranz stößt. Auch nicht dazu, dass es in dieser Stadt keinen Bürgermeister gibt, der moderne, zukunftsfähige umweltpolitische Ansätze aus seinen Fachbereichen nach vorne trägt oder zumindest im Rahmen der Verantwortung für die städtischen Gebäudewirtschaft einsetzen würde (z.B. Holzhackschnitzelanlage Bertha-von-Suttner-Gesamtschule).

Aber ich will etwas dazu sagen, dass hier seit Jahren die mit den fachpolitischen Stimmen der CDU beschlossene Wiederbesetzung der Stelle des Energiebeauftragten von Ihnen, Herr Stötzel, bewusst verschleppt und von der CDU im Rat verhindert wird. Meine Damen und Herren, das ist fachlich und in der Außenwirkung und nicht zuletzt in betriebswirtschaftlicher Hinsicht ein grober Fehler.

Und dann führt der Bürgermeister – wie im Personalausschuss geschehen - einen engagierten Kampf dagegen, die Stellen, die aufgrund der Wiederbesetzungssperre nicht besetzt sind, nach 6 Monaten dem Haupt- und Finanzausschuss wenigstens zur Kenntnis zu geben. Dies zeigt nur, dass hier einer am Werke ist, der alleine entscheiden will – ohne die Politik und allzu oft auch ohne jede Begründung.

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch in der Stadtentwicklungspolitik gibt es kaum Positives zu benennen:

„**Die Sieg in der Stadt erlebbar machen**“... So heißt es im Rahmenplan Siegen-Mitte von 1991 so schön. 14 Jahre später „erleben“ wir immer noch, wie sich die Sieg durch ihr Betonbett quält. Statt endlich mit der Freilegung der Sieg ernst zu machen, wird ernsthaft über die Sanierung der Siegplatte nachgedacht. Viele Chancen zumindest einen Teil des Siegufers wieder öffentlich zugänglich zu machen, wurden vertan, weil trotz anders lautender Bekenntnisse der politische Wille fehlt. Eine dieser Chancen bot sich beim Umbau des Parkhauses Morleystraße. Aber mit dem Bau direkt an der Sieg wurden auf Jahrzehnte hinaus die Entwicklungschancen für eine freundlichere Innenstadt geschmälert und ein begehbares und attraktiv gestaltetes Siegufer verhindert. Eine weitere Chance zur Neugestaltung des Sieguferbereiches bietet sich mit dem Neubau der Brücke „Hammerhütter Weg“, die wir unbedingt nutzen sollten.

Meine Damen und Herren, mit dem modern gestalteten „Sieg-Carré“ wird weiter Kaufkraft in der Siegener Unterstadt gebunden. Sie wissen, dass wir diese Entwicklung mit großer Skepsis begleiten. Wir meinen, Siegen braucht mehr als Geschäfte und für die Massen konzipierte Zweckbauten. Wir brauchen mehr „Erleben in der Stadt“, attraktive Plätze zum Verweilen, grüne Oasen zur Erholung und - darauf bin ich eben schon eingegangen - eine freigelegte Sieg.

Aber wir dürfen uns in der Stadtentwicklungspolitik nicht nur mit der Unterstadt befassen. Die Oberstadt steht ja auch bei vielen von Ihnen, meine Damen und Herren, ganz oben auf der Agenda – nur mit der Praxis hapert es mal wieder. So fehlt nach wie vor ein vernünftiges Marktkonzept und auch beim Weihnachtsmarkt zeigt die politische Mehrheit bislang, dass die Oberstadt selbst bei den kleinen möglichen Hilfestellungen eben dann doch nicht berücksichtigt wird.

Siegens sanierungsbedürftige Schulen – eine unendliche Geschichte

Nun meine Damen und Herren, ich muss - leider zum wiederholten Mal - Ihre chronische Untätigkeit bei der Renovierung der Siegener Schulen anprangern. Über 17 Millionen Euro müssten investiert werden, um die Siegener Schulen zu sanieren. Tatsächlich bereitgestellt werden 1,935 Millionen Euro. Zumindest im Schulausschuss waren wir mit der UWG einig, dass es so nicht weitergehen darf. Ein Antrag auf Erhöhung der Unterhaltungsmittel wurde mehrheitlich gegen die Stimmen von Grünen und UWG abgelehnt. Das gewohnte Bild.

Aber dennoch ist in diesem Jahr etwas anders: Die Verwaltung hat sich bei der Präsentation des Baubedarfsnachweises nämlich etwas ganz Besonderes einfallen lassen: Sie hat die notwendigen und zu investierenden über 17 Millionen Euro aufgeteilt in drei Kategorien. Dabei beschreibt Kategorie 1 die Maßnahmen, die in diesem und im nächsten Jahr unabweisbar erledigt werden müssen. Nun - so denkt man unbefangen - da werden ja die in diesem Jahr bereitgestellten Mittel von

1,935 Millionen Euro sicherlich die erste Hälfte des Gesamtbedarfes sein, der in den nächsten beiden Jahren benötigt wird. So ist es aber nicht, denn wenn man die Maßnahmen der Kategorie 1 zusammenrechnet (was die Vorlage vorsichtshalber lieber nicht tut) kommt man auf immerhin 5,8 Millionen Euro, die unabweisbar 2005/2006 investiert werden müssen. Also müsste – bislang unwidersprochen – 2005 mal wenigstens die Hälfte des Betrages eingestellt werden. Wird sie aber nicht. Wie fast immer: dicke Vorlagen und neue Systeme haben eher den Zweck, Klarheiten und Wahrheiten zu verschleiern statt wirklich zielführende Handlungsanleitungen zu geben.

Wirklich bestürzt sind wir, dass die CDU diese Politik der dauerhaften Untätigkeit mitmacht. Schließlich waren es gerade Sie, meine Damen und Herren, die im Wahlkampf mit dem Bürgermeisterslogan: „Schulen sanieren“ auf Stimmenfang gingen. Dass Sie nach der Wahl nun genauso weitermachen wie zuvor, überrascht zumindest denjenigen, der Wahlprogramme und Slogans noch ernst nimmt. Sie haben hier eindrucksvoll dargelegt, dass man nicht allen wahlkämpfenden Parteien trauen kann.

Kindergärten in Not - und was tun wir - richtig, meine Damen und Herren: Das Falsche

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, mit dem von Verwaltung und der evangelischen Kirche ausgehandelten Verhandlungsergebnis, das inzwischen der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen beschlossen hat, sind wir nicht einverstanden. Dieses Verhandlungsergebnis bedeutet, dass 26 evangelische Kindergärten armen Trägern gleichgestellt werden. Praktisch bezahlt der Staat nun die Einrichtung komplett. Eigenes Geld wird von der Kirche bei diesen Gruppen nicht mehr eingebracht. Sie haben sich schlicht auf der ganzen Linie durchgesetzt. Nun könnte man ja sagen: Gut so, Hauptsache die Kindergärten können weiterarbeiten! Leider ist die Angelegenheit aber so einfach nicht. Der Preis, der hier gezahlt wird, ist klar: Die 220.000 € jährlich, die nun an die Kirchengemeinden fließen, fehlen nun bei den Einrichtungen für die unter 3-jährigen Kinder, einem Bereich, in dem es schon seit Jahren erheblichen Handlungsbedarf gibt, da wir hier in Siegen lediglich eine Versorgungsquote von 5 % vorhalten. Noch dazu werden trotz allem fünf Gruppen geschlossen, und dies nach nicht immer nachzuvollziehenden Kriterien. Dass die Verwaltung das Ergebnis als Verhandlungserfolg darstellt, ist nicht zu verstehen. Die Stadt Siegen, hoch verschuldet und in vielen Bereichen kaum noch bewegungsfähig, zahlt beste Konditionen für Kindergärten, deren Träger nicht umsonst vom Gesetzgeber als „nicht arm“ eingestuft werden. Damit hier keine Missverständnisse aufkommen: wir wollen die Trägervielfalt in unserer Stadt erhalten und natürlich wollen wir die kirchlichen Träger in ihrer finanziellen Not nicht allein lassen. Aber dieses Verhandlungsergebnis ist sowohl finanziell als auch inhaltlich nicht zu verkraften. Hier müssen neue Lösungen erarbeitet werden. Wir hoffen, dass sich auch der Rat bei seiner Entscheidung im Anschluss an die Haushaltsdebatte unserer Auffassung anschließt.

Verkaufsoffene Sonntage oder der Sieg des Kommerzes über die Werte

Es ist inzwischen eine traurige Pflicht für mich geworden, auf Ihre Politik der Genehmigung verkaufsoffener Sonntage einzugehen. Wir waren – wie sicher manch einer in diesem Hause – richtig neugierig auf das, was denn nun nach den angekündigten Gesprächen der CDU mit den örtlichen Kirchen bei der Genehmigung verkaufsoffener Sonntage für das Jahr 2005 herauskommen würde. Und wie das bei

einem angekündigten Gespräch nun mal so ist, so hatten einige von uns erwartet, dass man mit der Genehmigung von verkaufsoffenen Sonntagen nun behutsamer umgehen würde. Aber wir haben uns alle getäuscht: Das, was der Rat der Stadt Siegen als Vorlage durch den Bürgermeister geliefert bekam, setzte gegenüber den Vorjahren noch eins obendrauf. Zum ersten Mal soll nun auch ein Adventsfeiertag völlig kommerzialisiert werden, frei nach dem Motto: gut ist, womit man einen Euro verdienen kann. Da müssen Überzeugungen und Werte schon einmal hintenanstehen. Hoffentlich kann sich gleich beim entsprechenden Tagesordnungspunkt endlich eine wertkonservative Mehrheit durchsetzen, die dieses unmoralische Angebot ablehnt.

Apropos Mehrheitsfindung: Die politische Mehrheit in Siegen hat sich neu formiert.

Die Konstellation nach der Kommunalwahl hätte viele Chancen geboten. Etwa die, sich wirklich einmal anhand von Sachfragen mal so oder mal so zusammenzufinden, die Sache über die Parteipolitik zu stellen. Entsprechende Angebote hatten wir an alle Parteien gerichtet. Aber schon schnell wurde klar, dass es der CDU vor allem um die Mehrheitsbeschaffer für die eigene Politik geht. Schnell war man sich mit der FDP einig und auch die UWG - die sogenannten Unabhängigen - springen bislang der bei der Wahl mit großen Verlusten bestrafte CDU bereitwillig bei - von einigen ganz wenigen Fragestellungen abgesehen. Im Großen und Ganzen geht es einfach weiter wie bisher.

Dabei ist diese Koalition schon jetzt rekordreif:

- die höchsten Schulden
- die wenigsten Ausbildungsplätze
- den höchsten Unterhaltungstau bei den Siegener Schulen
- unsensibel wie nie für die Belange des Umweltschutzes - siehe Giersberg-Ost
- Preistreiberei beim Gas
- Mehr Sonntage dem Kommerz geopfert
- Verzicht predigen, aber selber nicht zurückstecken (siehe Sitzungsgelder Sparkasse)

Eine Bilanz, die schlimmer kaum sein könnte, meine Damen und Herren.

Vor dem Hintergrund der geschilderten Missstände in der Siegener Politik wird es Sie sicher nicht verwundern: Dem vorgelegten Haushalt der Stadtverwaltung werden wir ebenso nicht zustimmen wie der geplanten Erhöhung der Grundsteuer, die vor allem die Mieter in ohnehin schwieriger Zeit belasten würde.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, Sie sehen - um noch mal zu den Anfangsworten meiner Haushaltsrede zurückzukommen -, der Bürgermeister und die CDU-Mehrheit, gestützt durch FDP und zumeist auch durch die UWG, hat in den letzten Monaten eine große Wegstrecke zurückgelegt, oft sind sie dabei in die falsche Richtung gegangen, manchmal sogar gerannt.

Erst überlegen, dann handeln, sage ich manchmal meinen Kindern, die 6 und 8 Jahre alt sind. Das täte auch Ihnen, Herr Bürgermeister, und den Sie tragenden Koalitionären gut, denn – das Versöhnliche zum Abschluss – das Sie das Beste für unsere Stadt wollen – das glauben wir Ihnen durchaus – aber mit dem Weg, den Sie dabei einschlagen, sind wir nicht einverstanden, da er diese Stadt nur allzu oft in eine Sackgasse führt.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Rat der Stadt Siegen

Michael Groß
Fraktionsvorsitzender